

24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 9. April in Ilmenau

Seite 1 von 2

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: __01__

Antragsinhalt:

Antragsteller: KV Nordhausen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Änderungen:**

2 *Präambel:* Änderung des letzten Satzes im 2. Absatz:

3 „... Wir konzentrieren uns auf die Mitte der Gesellschaft – **die, die**
4 **bereit ist Verantwortung für sich selbst und ihr Umfeld zu**
5 **übernehmen.**“

6 *Liberale*

7 *in Thüringen:* Streichung der Punkte 3. und 4. mit Ausnahme des ersten Satzes von
8 Punkt 3. Dieser sollte als letzter Satz an Punkt 2. angefügt werden.

9 *Liberale Politik*

10 *in Thüringen:* Aus Punkt 1. sollte eine Einführung in den Abschnitt gemacht werden.

11 Daraus

12 folgt die Änderung der Nummerierung (2. zu 1.; 3. zu 2. usw.).

13 Änderungen im neuen Punkt 1. (alt 2.):

14 • Streichung des ersten Satzes: „Wir werden weniger und älter.“

15 • Streichung des Wortes „oftmals“ in dem Satz: „Die älteren
16 Generationen
17 haben **oftmals** den Verdienst des Aufbaus unseres Landes.“

18 • Ersetzen des Wortes „zukunftsgerichtete“ durch „grundsätzliche“ im
19 vorletzten Satz des Punktes.

20 Änderung im neuen Punkt 2. (alt 3.):

21 • Streichung des Wortes „Und“ am Anfang des dritten Satzes.

22 Änderung im neuen Punkt 3. (alt 4.):

23 • An den Satz „... Der Staat setzt die Rahmenbedingungen für das
24 Handeln

25 der Marktteilnehmer und kontrolliert die Einhaltung der „Spielregeln“.“
26 Soll folgender Nachsatz angefügt werden: „... **und stellt sicher,**
27 **dass es einen Markt gibt.**“

28 • als Abschluss für den letzten Satz soll „... nicht bestrafen.“ angefügt
29 werden.

30

31 Beim neuen Punkt 4. (alt 5.) bitten wir um Konkretisierung bzw.
32 Umformulierung.

33 Änderung im neuen Punkt 5. (alt 6.):

**24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 9. April in Ilmenau**

Seite 1 von 1

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: 01

Antragsinhalt:

Antragsteller: Junge Liberale, Felix Rösel

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In Antrag 01, Seite 5, Zeile 27 f. soll der Satz
2 „Neben Bildung, Wissenschaft und Kultur sieht die Thüringer FDP in der Wirtschafts- und
3 Mittelstandspolitik sowie in der Steuer- und Finanzpolitik ihre Kernkompetenzen“
4 **ersatzlos gestrichen** werden.
5
6 In Antrag 01, Seite 3, Zeile 3 f. soll der Satz
7 „Wir konzentrieren uns auf die Mitte der Gesellschaft und auf die Leistungsträger, die in
8 ihrem jeweiligen Umfeld Leistung erbringen.“
9 **ersetzt werden** durch:
10 „Liberale Politik ist vielfältig, bunt und universell. Sie richtet sich ohne Unterschiede an alle
11 Menschen als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft“.
12
13 In Antrag 01, Seite 6, Zeilen 23 bis 27 soll der gesamte Abschnitt
14 „8. Nachhaltigkeit muss aus Sicht der Thüringer Liberalen gelebt und nicht politisch diktiert
15 werden. Menschen, die sich in ihrer Heimat wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und
16 Umwelt als grüne Öko-Bürokratie und staatliche Verbotspolitik. Deshalb setzt die FDP auf
17 persönliche Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.“
18 **ersetzt werden** durch:
19 „8. Unsere Maximen sind dabei das Verursacherprinzip und das Prinzip der Nachhaltigkeit.
20 Liberale Umweltpolitik bringt die Interessen von Mensch und Natur in Einklang. Sie will und
21 kann den Abwägungsprozess jedes einzelnen Individuums zwischen Umweltschutz und
22 Wirtschaft nicht ersetzen oder ihn bevormunden, muss ihn aber in die Lage versetzen,
23 möglichst alle Konsequenzen seines Handelns zu überblicken und erst auf dieser Grundlage
24 zu entscheiden.“

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 9. April 2011 in Ilmenau

Seite 1 von 1

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: 05

Antragsinhalt: Erweiterung der Forderung nach bundesweit einheitlichen Abiturprüfungen auf einheitliche Prüfungen für den Regelschul-/Realschulabschluss

Antragsteller: Kreisverband der FDP-Ilmkreis, Jan Ehemann

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Ergänzung des Antrages:**
- 2 Wir fordern außerdem bundesweit einheitliche Prüfungsaufgaben für Regelschulen.

Ergänzung zur vorhandenen Begründung:

Auch für Schüler und Absolventen von Regelschulen gewinnt eine Vergleichbarkeit von Bildungsständen und –abschlüssen eine immer größere Bedeutung. In Zeiten in denen eine große Flexibilität von Arbeitnehmern gefordert wird, wechseln viele Schüler nach berufsbedingtem Umzug der Eltern auch über Ländergrenzen hinweg die Schule. Dies führt zu verschiedenen Problemen bei der Eingliederung. Beispielsweise muss ein Saarländer Schüler, der von der 5. Klasse an Französisch als erste Fremdsprache hatte, nach einem Wechsel nach Thüringen seine Prüfung der ersten Fremdsprache im Fach Englisch machen. Dies ist aufgrund der deutlich geringeren Jahre an erhaltenem Englischunterricht ein großer Nachteil für ihn. Einheitliche Prüfungsaufgaben würden derartige Probleme verringern, da Schüler auf dem Weg zum Abschluss annähernd gleiche Lehrpläne und damit Leistungsstände haben müssten um auf die gemeinsame Prüfung vorbereitet zu werden. Ein erfolgreicher Wechsel in ein anderes Bundesland wird dadurch erleichtert.

Nach Abschluss der Schule werden nicht selten bundesweit Bewerbungen versendet. Das Nord-Süd-Gefälle beim Bildungsstandard führt auch hier zu Auswirkungen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen. Auch die dadurch entstehenden Probleme könnten durch einen bundesweit einheitlichen Abschluss verringert werden.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 9. April 2011 in Ilmenau

Seite 1 von 2

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: 06

Antragsinhalt: Ergänzung der Begründung zur Ablehnung der vorgestellten Schulordnung
des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kunst

Antragsteller: Kreisverband der FDP-Ilmkreis, Jan Ehemann

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Ergänzung der vorhandenen Begründung:**

2 Die Wirtschaft beklagt sich in den letzten Jahren zu Recht immer mehr über stetig fallendes
3 Leistungsniveau der Bewerber um einen Ausbildungsplatz. Es ist daher unerlässlich, dass
4 die Bildungspolitik sicherstellt, dass das Leistungsniveau nicht weiter sinkt. Nur mit Schülern
5 in annähernd leistungsgleichen Klassen kann eine zielorientierte und systematische
6 Förderung erfolgen und sichergestellt werden, dass die jeweiligen Klassen ihre
7 Leistungsziele erreichen. Die Bandbreite einer individuellen Differenzierung zwischen den
8 einzelnen Schülern hat im Unterricht ihre Grenzen.

9 Die Forderung der Wirtschaft nach Bereitstellung von soliden und leistungsbereiten
10 Nachwuchskräften und die Bildungspläne der Landesregierung dürfen sich nicht
11 widersprechen, wie es zum Beispiel im Fall eines Abschaffens des Sitzenbleibens der Fall
12 wäre.

13 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden schon jetzt in normale
14 Regelschulklassen integriert, was zu erheblichen Problemen bei der Planung, Gestaltung
15 und Durchführung des Unterrichtes führt. In Klassen mit Schülern mit Lern- und
16 Konzentrationsschwächen, sowie weiteren Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten, ist eine
17 differenzierte Förderung und gleichzeitig lehrplanorientierte Arbeit mit der gesamten Klasse
18 nicht möglich. Dies steht im Widerspruch zur vom Minister für Bildung, Wissenschaft und
19 Kunst oft geforderten individuellen Förderung. Eine lernspezifische Förderung einzelner
20 Schüler benötigt auch eine spezifische Herangehensweise an die Erstellung moderner
21 Bildungs- und Erziehungspläne.

22 Weitere Begründung zur Ablehnung anhand konkreter Punkte der neuen Thüringer
23 Schulordnung:

24 *Individuelle Abschlussphase wird ausgestaltet*

25 Ein Punkt der neuen Schulordnung ist die Ausgestaltung einer individuellen Abschlussphase.
26 Demnach können Schüler des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Teils der
27 Regelschule die Klassenstufe 9 in einem oder in zwei Schuljahren absolvieren. So soll der
28 Unterricht zunehmend individualisiert und praxisorientiert gestaltet werden. Wie eine solche
29 Individualisierung und Praxisorientierung aber mit dem vorhandenen Potential an Lehrkräften
30 und vor allem Lehrerstunden zu realisieren ist, bleibt vollkommen unklar. Im Gegenteil, durch
31 Überforderung und dadurch notwendige zusätzliche Betreuung der Hauptschüler in Klasse
32 10 wäre eine gezielte und straffe Vorbereitung der Realschüler auf ihre Abschlussprüfung
33 enorm in Frage gestellt. Somit würde die Forderung der Wirtschaft nach solide
34 ausgebildetem Nachwuchs noch mehr als bisher behindert.

35 Klassenstufen ohne Sitzenbleiben

24. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 9. April 2011 in Ilmenau

Seite 2 von 2

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: 06

Antragsinhalt: Ergänzung der Begründung zur Ablehnung der vorgestellten Schulordnung
des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kunst

Antragsteller: Kreisverband der FDP-Ilmkreis, Jan Ehemann

36 Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kunst möchte in den Klassen 3, 5 und 7 auf
37 Versetzungsentscheidung verzichten. Dies widerspricht den praktischen Anforderungen des
38 Lebens. Eine frühzeitige Gewöhnung der Schüler an die Notwendigkeit – im entsprechenden
39 Rahmen – Leistung zu erbringen ist für ihren weiteren Lebensweg in unserer
40 Leistungsgesellschaft von großer Bedeutung. Ein Verzicht auf Leistungsüberprüfung wirkt
41 außerdem demotivierend auf einen Teil der Schülerschaft, was die Leistung der ganzen
42 Klassenstufe negativ beeinträchtigen kann.

43 *Verbale Leistungseinschätzungen ergänzen Noten*

44 Eine verbale Leistungseinschätzung für jeden Schüler der Klassenstufen 4 bis 8 für jede
45 erteilte Note ist für eine differenziertere Bewertung, konkretere Informationen an die Eltern
46 und Schüler und damit die Unterstützung des Lernerfolges wünschenswert. Jedoch ist dieser
47 Wunsch momentan in der Praxis nicht umsetzbar. Durch die Anzahl der aktuell bestehenden
48 Bildungs-, Erziehungs- und Verwaltungsaufgaben pro Lehrer und der ihm momentan zur
49 Verfügung stehenden Arbeitsstunden ist eine zusätzliche Erfassung von
50 Leistungseinschätzungen für jede Note nicht realistisch. Um diese Forderung durchzusetzen,
51 wäre ein völlig neuer Umgang mit der Personalpolitik bzw. -Problematik der Lehrer in
52 Thüringen erforderlich. Die momentan zur Verfügung stehenden Lehrkräfte können weitere
53 zusätzliche Aufgaben nicht mehr schultern.

54 Das in diesem Zusammenhang geforderte mindestens jährliche Gespräch mit den Eltern zur
55 Lernentwicklung ihres Kindes ist keine Neuerung. Schon jetzt sind regelmäßige
56 Beurteilungen und Gespräche mit den Eltern und Schülern Alltag an den Schulen
57 Thüringens.

58 Insgesamt sind nahezu alle Punkte der neuen Schulordnung lediglich organisatorischer
59 Natur. Es fehlt jeglicher Hinweis auf die inhaltlichen Aspekte der Umsetzung. Hier werden
60 Schulen und Lehrer – mal wieder – allein gelassen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: